



Brüssel, den 21. April 2015
(OR. en)

8038/15

COWEB 22

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender:	Generalsekretariat des Rates
vom	21. April 2015
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	7889/15 COWEB 21
Betr.:	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien - Schlussfolgerungen des Rates

Die Delegationen erhalten in der Anlage Schlussfolgerungen des Rates zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in der vom Rat (Allgemeine Angelegenheiten) auf seiner Tagung vom 21. April 2015 angenommenen Fassung.

**SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZUR EHEMALIGEN JUGOSLAWISCHEN
REPUBLIK MAZEDONIEN**

Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) vom 21. April 2015

1. Der Rat verweist auf das Engagement der EU im Rahmen der Agenda von Thessaloniki, auf seine Schlussfolgerungen vom 16. Dezember 2014 und auf den Bewerberlandstatus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und sieht mit großer Sorge, dass sich die Lage in diesem Land, insbesondere in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit, die Grundrechte und die Medienfreiheit, die zu den für die EU und ihre Erweiterungspolitik maßgeblichen demokratischen Grundwerten zählen, verschlechtert. Im Interesse der Bürger, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der politischen Stabilität fordert der Rat die führenden Politiker nachdrücklich auf, rasch Abhilfe zu schaffen.
2. Der Rat appelliert an alle Beteiligten, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und unverzüglich Maßnahmen zur Herbeiführung einer dauerhaften Lösung zu ergreifen, konstruktiv zusammenzuarbeiten, um den politischen Dialog wieder in Gang zu bringen, und durch angemessene politische Schritte das Vertrauen in die Institutionen wiederherzustellen. Die zuständigen Behörden sollten allen Vorwürfen, einschließlich veröffentlichten Vorwürfen betreffend etwaiges Fehlverhalten, nachgehen und dabei ordnungsgemäße Verfahren, den Grundsatz der Unabhängigkeit und die Unschuldsvermutung uneingeschränkt wahren.
3. Der Rat begrüßt, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments Gespräche zwischen den wichtigsten Regierungs- und Oppositionsparteien vermittelt haben, und ruft alle Beteiligten auf, Zurückhaltung zu üben und zu versuchen, so rasch wie möglich Lösungen für die anhaltende politische Krise zu finden.
4. Der Rat bekräftigt, dass die Union ihr Engagement, auch durch regelmäßige Berichterstattung der Kommission und des EAD über die Lage im Land und seine Fortschritte beim europäischen Integrationsprozess, fortsetzen wird und erklärt im Einklang mit seinen Schlussfolgerungen vom 16. Dezember 2014, dass er die Angelegenheit verfolgen und in den nächsten Monaten darauf zurückkommen wird.